

„Natürlich muss man mit seinen Feinden reden“

Kundus Eine Truppenaufstockung sieht die SPD skeptisch. Wichtiger sind Polizisten, sagt der Verteidigungspolitiker Rainer Arnold.

Das Außenministerium war in der Kundus-Affäre früh über zivile Opfer informiert. Kommt Steinmeier in Erklärungsnot?

Es war nicht früher informiert als schon lange bekannt. Es war immer klar, dass Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes ihre täglichen Meldungen nach Berlin schicken. Sie machen aber keine eigenen Untersuchungen. Das ist Sache der Feldjäger. Von denen Gehörtes wurde weitergegeben. Der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier kann schon deshalb nicht in Bedrängnis kommen, weil er im Gegensatz zum Verteidigungsminister früh gesagt hat, er gehe von zivilen Opfern aus. Der Verteidigungsminister hat lange etwas anderes behauptet.

Hat Steinmeier nicht bloß von „möglicherweise“ zivilen Opfern gesprochen?

Erstens konnte er seinem Kabinettskollegen nicht öffentlich widersprechen. Zweitens ist der Verteidigungsminister und nicht der Außenminister dafür zuständig, über militärisches Vorgehen die Öffentlichkeit zu unterrichten.

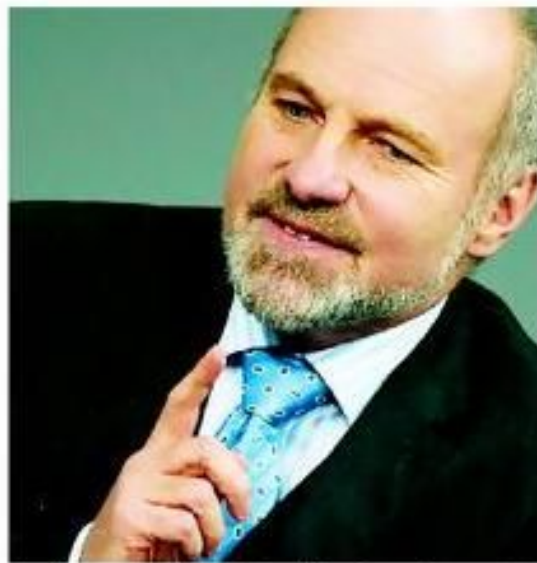
Lenkt die Kundus-Affäre von der Zentralfrage nach der Afghanistanstrategie ab?

Das darf nicht sein. Wir müssen eine öffentliche Debatte über die zukünftige Strategie führen. Bisher versteckt sich aber die Bundesregierung hinter der anstehenden Afghanistankonferenz. Wir wollen von der Regierung endlich erfahren, mit welchen Vorstellungen und Kon-

zeptionen sie selbst nach London fährt.

Zuvor ist die SPD wohl schon in ihrer Afghanistanpolitik umgeschwenkt?

Was Sigmar Gabriel und Steinmeier am Wochenende hervorgehoben haben, bedeutet keinen Schwenk. Es ist richtig, dass man die Probleme in Kundus nicht mit immer mehr Kampftruppen löst. Es fehlen dort 1500 Polizisten. Allein für das Geld, das ein Soldat pro Tag als Auslandsverwendungszulage erhält, kann man in Afghanistan einen Monat lang einen Polizisten finanzieren. Mehr Soldaten führen nicht zu mehr Sicherheit. Dazu ist es vielmehr notwendig, dass Sicherheitsorgane in der Fläche präsent bleiben. Dazu be-



Rainer Arnold: SPD will schon lange Gespräche mit gemäßigten Taliban. Foto: ddp

darf es Polizei und afghanischer Armee. Die Regierung muss hier entsprechende Vorschläge machen. Steinmeier und Gabriel sind ja bereit, Soldaten als Ausbilder hinzuschicken, und sie haben den Vorrang für den zivilen Aufbau betont.

Die SPD schließt also die Aufstockung des Mandats nicht aus?

Steinmeier und Gabriel haben nur mehr Kampftruppen abgelehnt. Außerdem muss vor einer Aufstockung geprüft werden, wo bestimmte Kräfte nicht mehr nötig sind. Wird zum Beispiel der Standort Feysabad so bestehen bleiben, oder kann man bald beginnen, Feysabad den Afghanen zu übertragen? Dann werden immerhin 400 Soldaten frei.

Will die SPD sich aus der Verantwortung stellen?

Das kann doch niemand ernsthaft behaupten, wenn wir vor 14 Tagen erst dem Mandat im Bundestag zugestimmt haben. Ein einfaches Weiter-so ist allerdings für uns ausgeschlossen.

US-Präsident Obama will mehr Truppen. Wie antworten Sie auf eine entsprechende Anforderung an Deutschland?

Dann wird die Bundesregierung selbst mit dieser Anforderung sehr kritisch umgehen. Da schreit ja auch niemand Hurra. Mit uns sind allerdings neue Kontingente für den Süden Afghanistans nicht machbar. Wir sollten bei unserer Verantwortung im Norden bleiben.

Zu Guttenberg plädiert jetzt für Gespräche mit den moderaten Taliban, eine gute Idee?

Das haben wir schon immer gefordert. Einst hatte Kurt Beck nach einer Afgha-

nistanreise dafür plädiert, auch weil der afghanische Präsident dies gefordert hatte. Damals wurde Beck dafür von CDU-Kollegen verspottet. Natürlich muss man mit seinen Feinden reden. Militärisch werden wir sie nämlich zwar zurückdrängen, aber nicht bezwingen.

Hat die Kundus-Affäre die Akzeptanz der Mission weiter schwinden lassen?

Zum einen muss natürlich weiter alles getan werden, um zivile Opfer zu vermeiden. Zum anderen muss das verloren gegangene Vertrauen wiederhergestellt werden. Die Bevölkerung hat das Gefühl, ein Einsatz, der gründlich danebengegangen ist, wird vernebelt. Hier muss wieder Klarheit und Wahrhaftigkeit geschaffen werden, und zwar nicht nur vom Untersuchungsausschuss. Da ist auch der Verteidigungsminister gefordert.

Die Bevölkerung zweifelt aber doch vor allem an den Erfolgsaussichten der Mission.

Die Frage ist, was Erfolg bedeutet. Es wird keinen Erfolg geben, der sich in die Kategorien Sieg oder Niederlage einordnet. Es kann nur ein Zurückdrängen des Terrors gelingen, um Zeit zu gewinnen, dass die Afghanen selbst die Dinge in die Hand nehmen können. Das wird noch lange dauern. Beim zivilen Aufbau werden wir noch über Generationen helfen müssen. Im Blick auf das militärische Engagement ist Obama auf der richtigen Spur: in den nächsten paar Jahren muss das Ruder herumgerissen werden. Einen Einsatz noch über zehn, fünfzehn Jahren halten die westlichen Demokratien nämlich gar nicht durch.

Das Gespräch führte Michael Trauthig.